

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

192 (20.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.50 M., Bugeliefert durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-3/4 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A, zuzügl. 80 % Teuerungszuschlag. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde: 1/2 8-10 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Der erste Landtag der Republik Baden.

Von Dr. C. Kraus, M. d. L.

Eine gewaltige Summe von Arbeit hat dieser erste Landtag geleistet in seinen 43 öffentlichen und 146 Kommissionen. Nur wer selbst aktiv in den Kommissionen und Fraktionen an der Vorbereitung und Ausarbeitung der Gesetze und Interpellationen mitwirkte, kann einigermaßen das Geschaffene gerecht würdigen. Es ist nicht so, wie es von den ewig Unzufriedenen draußen im Lande behauptet wird, daß in dem Kordell in Karlsruhe heute nur geschwätzt und nichts geleistet wird. Allerdings, das Schwergewicht der eigentlichen Arbeit lag in den Kommissionen. Im Plenum des Landtags sprachen sich dann die Vertreter des Volkes vor der letzten gesetzgebenden Versammlung über die von der Kommission vorgelegte Arbeit aus; hier soll der Wille des Volkes in freier gegenseitiger Aussprache zum Ausdruck kommen. Nicht nur um Gesetze handelt es sich da; alle großen und kleinen Wille des Volkes, aller seiner Klassen und Schichten, kommen hier zur Sprache und in gegenseitiger Aussprache unter sich und mit der Regierung suchen dann die Abgeordneten den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau. Es ist natürlich im Rahmen eines verhältnismäßig kurzen Aufsatzes nicht möglich, auf alle geleistete Arbeit im einzelnen einzugehen. In einem ersten Artikel sollen in aller Kürze die wichtigsten Gesetze, die der Landtag verabschiedet hat, besprochen werden. Ein weiterer Artikel wird sich dann mit den wichtigsten Interpellationen zu befassen haben.

I.

Am 21. März hat der Landtag, der am 5. Januar als verfassungsgebende Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts gewählt worden war, die neue badische Verfassung in erster Lesung verabschiedet. Ein gewaltiges Werk ist hier in angelegentlichster zweimonatlicher Arbeit geleistet worden. Der freie und souveräne Volksstaat Baden wurde errichtet, die Demokratie bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt, im Aufbau der Regierungsglieder, in den Rechten des Landtags, in den Urrechten der Volksinitiative und des Volksreferendums. Man kann an Einzelheiten der Verfassungsberechtigten Kritik üben, aber das wird man noch im allgemeinen zugeben müssen, die ganze schwierige Materie der staatsrechtlichen und kulturpolitischen Fragen hat eine Lösung erfahren und wir Sozialdemokraten können mit derselben durchaus zufrieden sein. Gerade in den so wichtigen Fragen des Nationalunterrichts, der Privatindustrie u. a. haben wir für Baden eine Lösung erreicht, hinter der noch unserer sozialistischen Auffassung die neue Reichsverfassung weit zurückbleibt. Besonders findet sich im neuen Reichsgesetz ein Kompromiß, die uns in Baden nicht zwingt, das in diesem Kampf Erzwungene wieder preisgeben zu müssen. Auf Grund des Einführungsartikels der badischen Verfassung fand am 13. April eine Volksabstimmung statt, in der mit der überwiegenden Mehrheit der abgegebenen Stimmen die Verfassung als neues Staatsgrundgesetz angenommen wurde.

Unmittelbar im Zusammenhang mit dem neuen badischen Verfassungsgesetz steht das Gesetz die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend vom 13. März, das ausdrücklich als Notgesetz bezeichnet wurde. Die von uns längst vertretene und geforderte von der Revolution endlich geschaffene neue Auffassung vom Wesen des Staates und der Gemeinde fand hier ihre notwendige Auswirkung. Jedes Vorrecht des Standes und Besitzes auch in der Gemeinde ist gefallen. Lediglich die Wertung der Person soll ausschlaggebend sein für das Gemeindeglied. Alle Jugendlichen sind wahlberechtigt, die bisherigen Schranken, bestehend in der selbständigen Lebensstellung, Zahlung von Steuern und wirtschaftlicher Unabhängigkeit sind gefallen. Damit hat das Klassenwahlrecht auch in der Gemeinde aufgehört zu existieren. Zugleich ist für die Frauen auch hier die volle politische Gleichberechtigung geschaffen worden. Das Verhältniswahlrecht ist auch für die Gemeinde anerkannt, auf seiner Grundlage wird in Zukunft auch die Gemeindeverwaltung den wahren Volkswillen zum Ausdruck bringen. — Noch manche Bestimmungen der alten Gemeinde- und Städteordnung bedarf der Reform. Bereits ist eine Kommission am Werk, eine neue Gemeinde- und Städteordnung fertig zu stellen, die auf dem Boden der neuen badischen Verfassung stehend, den neuen politischen Ideen und Forderungen der Revolution entsprechen soll.

In demselben Problemgebiet gehört das Gesetz die Änderung des badischen Verwaltungsorgans betreffend vom 28. März. Auch auf diesem wichtigen Gebiet der Bezirks- und Kreisverwaltung war der bestehende Zustand durch die Revolution unalterbar geworden. Auch diese beiden wichtigen Selbstverwaltungsgesetze galt es auf breitere demokratische Basis zu stellen und sie zugleich von jeder bürokratischen Bevormundung frei zu machen. Auch hier ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, die in wachen bürgerlichen Landtagen von uns immer wieder erhoben worden ist, erfüllt worden. Der Schwere unserer Partei im Landtag hat mit Genüge deutlich hervorgehoben,

wie sehr national-liberale Parteizugehörigkeit und „Regierungstreue“ früher bei der Verjurung der Bezirksräte maßgebend gewesen ist. Man hat ja Sozialdemokraten „wegen Mangel an Gemein Sinn“ nicht zu Bezirksräten ernannt. Mit diesem alten Joch ist jetzt endlich aufgeräumt worden. Mit diesen drei Gesetzen der neuen Verfassung, dem Notgesetz der neuen Gemeinde- und Städteordnung und dem neuen Verwaltungsorganes ist das Fundament der Demokratie: ung der gesamten Verwaltung geschaffen, die Bahn für den Tätigen in der politischen Verwaltung ist damit frei gemacht, alle Volksgenossen ohne Ausnahme haben teil an der Demokratie.

Unter den übrigen Gesetzen ist für uns von Wichtigkeit, das Gesetz den Geschäftskreis der Ministerien betreffend vom 2. April, das anlässlich der Neubildung der badischen Regierung auf Grund der Verfassung verabschiedet wurde. Es kann hier nicht auf die Einzelheiten dieses gerade für die Technik der Staatsverwaltung so wichtigen Gesetzes eingegangen werden. Auch wäre gerade hier manches kritische Wort bezüglich der Ministerien zu sagen, doch das mag anderer Gelegenheit vorbehalten bleiben. Dadurch, daß das gewerbliche und kaufmännische Unterrichtsweesen einschließlich der Kunstgewerbe- und Bauwerkerschule vom Ministerium des Innern weggenommen und dem Unterrichtsministerium zugewiesen worden ist, ist die Grundlage für eine einheitliche und geordnete Organisation des gesamten Schulwesens unter sein pädagogischen Gesichtspunkten geschaffen worden. Das wichtigste in diesem Gesetz aber ist die Bildung des Arbeitsministeriums. Dieses Ministerium wird neben dem des Innern die schwerste Arbeit der nächsten Jahrzehnte zu leisten haben. Die Fragen der Arbeiterrechte, Arbeiterkündigungsgesetz, Gewerbeaufsicht, Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten, Tarifverträge, Organisation des Arbeitsmarktes, Sozialversicherung und soziale Hygiene, um nur einige zu nennen, gehören zu den Aufgaben dieses Ministeriums. Es wird zusammen mit dem Reichs- und Wirtschaftsministerium in erster Linie den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Badens zu leisten haben. Dadurch, daß geeignete Männer aus der Praxis, die das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen und seit Jahrzehnten in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, zur Mitarbeit herangezogen werden, ist die Garantie für gerechtfähige Arbeit gegeben. Man kann nur wünschen, daß alle Organisationen, die für die Lösung der angebotenen Aufgaben in Betracht kommen, mit ihrer Kraft und Sachkunde die Arbeit dieses Ministeriums nachdrücklich unterstützen. Möge es hier nie an der nötigen Initiative von unten her fehlen.

Die Franzosen in der Pfalz.

Ein Proteststreik der Einwohnerschaft von Speyer.

Wir berichteten gestern kurz, daß die Franzosen den sozialdemokratischen Stadtrat Ober in Speyer verhaftet haben. Ueber die Gründe lesen wir in der „N. Bad. Landeszeitung“ folgendes:

Den Anlaß gaben wieder Dr. Haack und seine Spießgesellen, deren einer, Eggerdorf, — mit seinem richtigen Namen Ahrens — vor einigen Tagen durch ein Flugblatt dem pfälzischen Volke in seiner ganzen abfälligen Schleichheit dargestellt worden ist. Vermutlich im Zusammenhang mit der Vorbereitung dieses Flugblattes wurde am Samstag, den 16. August, nachmittags 6 Uhr, das Stadtratmitglied Friedrich Ober, ein außerordentlich beliebter und das ganze Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießender Arbeiterführer, von den Franzosen mit seiner ganzen Familie verhaftet, wie ein schwerer Verbrecher gefesselt in brutalster Weise behandelt und zu den Verhören geschleppt. Mit der Heftigkeit trieben die französischen Besatzungspolizisten und Gendarmen, die mit Spürhunden erschienen waren, die in der Wirtschaft des Ober anwesenden Gäste hinaus, so daß sich diese nur durch eilige Flucht vor den Schlägen retten konnten. Die ganze Wohnung wurde nun von oben bis unten in der rohesten und rücksichtslosesten Weise durchsucht, Stühle zertrümmert, Biergarnituren zertrümmert, Papiere durchwühlt u. dergl. mehr. Zugewandt dem Besessenen kam und sich das von französischen Posten bewachte Haus betratete, wurde unter Schimpfen und Drohen mit der Peitsche vertrieben oder verhaftet und unter jählicher Bedeckung abgeführt.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von diesen Heldentaten, die an Brutalität alles bisher Erlebte übertreffen, durch die ganze Stadt und rief überall tiefste Erregung und Verbitterung hervor, die sich in nicht mißzuverstehender Weise Luft schafften und sich auch ganz besonders gegen die Landauer Hochverräter richtete, die letzten Endes verantwortlich für all dies Unglück sind, das nun schon so viele Familien betroffen hat.

Die Erregung steigerte sich am Sonntag immer mehr, doch blieb alles äußerlich ruhig. Am frühen Morgen aber des heutigen Tages bedeckten Flugblätter, die überall angeschlagen waren und von Tausenden gelesen wurden, den Willen der Speyerer Bevölkerung, in erster und entschlossener Weise zu zeigen, daß sie nicht gesonnen ist, zu solchen Gewalttätigkeiten sich herabzulassen. Das Flugblatt forderte mit kurzen Worten die gesamte Einwohnerschaft auf, die Arbeit ruhen zu lassen. Die so wenigen Worte besaßen ihre Wirkung nicht; ein Feiertag war für unsere Stadt angedrohen, ein Feiertag, an dem sich alle Kreise der Bevölkerung mit einer Selbstverständlichkeit beteiligten, die bewies, wie entschieden und geschlossen man hier das rücksichtslose und maßlose Auftreten der Besatzungsbehörden beurteilt. Die Arbeitsstätten in der ganzen Stadt blieben leer; die Arbeit ruhte in allen Betrieben; alle Verkaufsstellen blieben geschlossen den ganzen Tag über, wie am höchsten Feiertag; die Zeitungen erschienen nicht, Wertigkeiten und Vergnügungslokale wurden nicht besucht. Der Verkehr auf den Straßen war in den

ersten Stunden wohl lebhafter als sonst, aber bald folgten die Massen den Weisungen und Speyer bot dann das Bild einer toten Stadt. In großer Ungewißheit sahen die französische Besatzung zu sein; kaum ein Soldat ließ sich in den Straßen blicken, nur hier und da eilte ein Offizier durch dieselben, vermutlich, um dann über den Eindruck berichten zu können. Speyer darf sich rühmen, damit den ersten Arbeiter- und Bürgerstreik in der Pfalz in geradezu glänzender Weise durchgeführt zu haben. Und es hat dazu keiner künstlichen Anreizung bedurft, nein, die Stimmung dazu haben einzig und allein die Landauer Landesverräter und ihre französischen Helfershelfer hervorgerufen. Mögen sie erkannt haben, daß trotzigem Verneinern die Bevölkerung geneigt, in Treue und Bruderschaft zusammengeführt hat, um einmütigen Protest einzulegen gegen französische Gewalttat und Landauer Hochverrat.

Bandenkämpfe in Oberschlesien.

Kattowitz, 19. Aug. Das Pressebüro des Staatskommissariats meldet: Die Lage im ober-schlesischen Gebiet ist nach wie vor ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Es ist dringend notwendig, daß sofortige Truppenverfügungen in das Aufstandsgebiet geschickt werden, schon um die Grenzen ordnungsmäßig zu besetzen und eine Verbindung der Zinjurgenten und Polen unnötig zu machen. Die Lage im Kattowitzer Bezirk ist leider so, daß zwar Myslowitz und Kattowitz seit in den Händen unserer Militärs sind, daß aber die übrigen Teile des Bezirks zum größten Teil als von den Zinjurgenten besetzt zu betrachten sind. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier ist sie ernst.

In Verichten aus dem Kattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Noidzin, Schoppitz, Janow und Gieschwald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlicher Munition versehen waren, statt. Leider gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen Abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen aus Kattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden.

Berlin, 20. Aug. Die Meldungen, die gestern Abend aus Oberschlesien hier eingelaufen sind, gestatten der „Post“ zufolge den Schluß, daß die Krise wenigstens soweit die Kämpfe mit Banden des polnischen Aufstandes in Frage kommen, überwunden ist. Die Verhängung des verhängenen Besatzungszustandes in einigen Bezirken hat auf die Spartakisten abtödend gewirkt. Auch in der Streikbewegung sei ein Absinken bemerkbar. Und selbst dort, wo die streikenden Stellen glauben mit einem Ende des Streiks in den aller-nächsten Tagen rechnen zu dürfen. In der Arbeiterchaft macht sich zweifellos ein Umwandlung der Stimmung bemerkbar, der auf die wachsende Erkenntnis zurückzuführen ist, daß der Streik nur den polnischen Zinjurgenten und den Spartakisten ein willkommenes Stützort gewesen ist.

Befehung von Chemnitz durch die Reichswehr.

Chemnitz, 19. Aug. Die um Chemnitz versammelten Truppen sind heute früh kampflös in die Stadt eingezogen. Der Oberbefehlshaber fordert in einer durch Flieger abgenommene Bekanntmachung die Bewohner auf, Ruhe zu beobachten die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Kleine Nachrichten.

Mühlhausen, 19. Aug. In ganz Oberschlesien ist both der Arbeiterchaft ab heute der Generalstreik erklärt worden. In Mühlhausen haben die Straßenbahnen den Betrieb eingestellt. Am Montag morgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Zustand ebenfalls lahmgelegt.

Berlin, 19. Aug. Der englische Ministerpräsident Lloyd George ist vorgestern in Köln eingetroffen, wo ihm zu Ehren gestern mittag eine große Parade stattfand, bei der alle Truppenformationen vertreten waren.

Berlin, 20. Aug. Nachdem es bereits am Sonntag infolge größerer Streitigkeiten zwischen polnischen Bürgern und Grenzschutzsoldaten in Thorn zu Zusammenstößen gekommen war, bei denen fünf Soldaten verletzt wurden, rotteten sich, wie der „Berl. Lokalanz.“ meldet, gestern nachmittag zahlreiche Arbeitslose zusammen, die mehrere Geschäfte völlig ausplünderten. Die Garnison ist alarmiert. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Berlin, 20. Aug. Aus Hamburg wird dem „Berl. Lok.“ gemeldet: Etwas 300 Verwundete kamen aus England gestern mit einem Logarrettzuge aus Weikel hier an. Nach ihren Schilderungen war die Behandlung in den englischen Krankenhäusern äußerst schlecht. Wundheiler soll das schlimmste Gefangenenlager sein und nach ihm Fortford.

Düsseldorf, 20. Aug. Gestern Abend wollten mehrere Mannen in der Kaserne eine Mine entladen, als diese plötzlich explodierte. Ein Unteroffizier, ein Gefreiter und ein Mann wurden getötet, mehrere Mannen wurden verletzt.

Amsterdam, 19. Aug. Laut „Allg. Handelsblad“ schreibt „Gages van Antwerpen“: Die Folge davon, daß Belgien aus Vaterlandsliebe keinen Handel mit Deutschland treibt, sei die, daß die Engländer in Deutschland allerlei Produkte aufkaufen und sie in Belgien mit großem Gewinn weiterverkaufen.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 57.

Große Sitzung vom 17. Oktober 1913.

Anwesend: Der Reichstanzler, der Vizekanzler, der Kriegsminister, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, des Reichsschatzmeisters, des Kriegsernährungsamtes, des Reichsmarineamtes, der Chef des Admiralstabes der Marine, der Vizepräsident des Reichsstaatsministeriums, die Staatssekretäre Groeber, Gaußmann, Scheidemann, die Unterstaatssekretäre Göpper, v. Stumm, Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutsmozer, General Lubendorff, General Hoffmann, Oberst Hege.

Der Reichstanzler: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Generalsektion, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsangebot an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilson enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Schaulustigen und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, Karzuzellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. In diesem Zweck haben wir Euer Ergeßung gebeten, herzutreten und uns Auskunft zu geben. Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf. Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Kruppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Lubendorff: Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzis zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintritt, weiß kein Mensch. Es geht zum Krieg Soldatengeld, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatengeld. Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Männer zuspähen, so behaupten wir den Einbruch. Können wir der Front folgen, so bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheidemann: Wenn ich Ergeßung Lubendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern. General Lubendorff: Ja! Kriegsminister Scheidemann: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir? General Lubendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlumm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen. Allerdings vertrieben sich die Verhältnisse, aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Kruppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen. Ich komme noch auf einen anderen Punkt: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Ergeßung Scheidemann hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe selber zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungsfrage. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hat Grippe gehabt, es fehlten ihr Karoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbringen, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus, in einer Form, die der Rucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen große Widersprüche vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem 7. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht dorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Volkswesen unter sich zu haben. Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Umlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Auffrischung der Heimat.

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Das haben gerade Umlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauererzählungen erzählt haben. In einer großen Armee kommt natürlich manches

Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden. Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere.

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Ueberzeugung. Schon die Dauer des Krieges gerührt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Bootkrieg hat enttäuscht, die technische Ueberlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Vankrott, dazu die sich steigende Not im Innern. Nun tritt die Bedrohungsaktion ein, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das begehnten wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende. General Lubendorff: Wie es Euer Ergeßung nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben? Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Karzuzellenfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Karzuzellen können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Jetzt haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Mangel steht, wenn man sich fragt, wozu lebt Berlin-Word und wozu lebt Berlin-Ost. Solange man diese Karzuzellen nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu heben. General Lubendorff: Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinauskommen und es in den Winter geht, so sind wir „sein heraus“. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Wert sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu heben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Politisierung der Beamten.

Von Eisenbahnsekretär D. Beez-Karlruhe.

Die politische Entmündigung der Beamten im Obrigkeitstaat war die logische Folgerung der Unterordnung der Beamten unter allen Umständen unter die staatlichen Machthaber, der mit allen Mitteln von den Beamten erzielten Anerkennung und Verherrlichung der Sonderstellung außerhalb des Volksganges, mit dem verdrängten Vorrecht, Diener der Staatsgewalt zu sein.

Rundum wurde durch die Einengung der politischen Freiheit das Recht der Beamten als Staatsbürger vermindert; es wurde ihnen dadurch ein Stiel Verdrängung geraubt, die das Leben erst im eigentlichen Sinne lebenswert macht. Ein wirklicher Mensch wird man nicht durch bloße Berufsarbeit und Eingabe an seine Familie, sondern erst dann, wenn man auch mitwirkt am Ganzen, an dem Aufbau des Staates und der Gesellschaft. Der Obrigkeitstaat, der die Beamten nur die offiziell zugestandene Ueberzeugung befunden ließ, hat damit die schöpferische Mitarbeit der Beamten an Staat und Gesellschaft, die doch nur aus eigener Beobachtung Quellen kann, ausgeschaltet.

Hierdurch hat der Obrigkeitstaat sich selber am meisten geschädigt. Er hat damit die Gebanarbeit einer Klasse für das Volkswohl ausgeschaltet. Die Beamten, die infolge ihrer Intelligenz, ihrer berufsmäßigen Beschäftigung mit den Staatsdingen, die ihnen zweifellos eine Fülle sachlichen Materials bot für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten, das andere Bedürfnisstellen fehlte, berufen waren, hervorragende Gemeinbeit zu leisten, war diese Arbeit entweder direkt verboten, oder durch die Sorge unmöglich gemacht, es möchte ihnen dadurch Unannehmlichkeiten erwachsen. Die Sorge war nicht unbegründet. Ohne starken Rückhalt an seiner Ständesorganisation, die nicht gewillt war, mit allen Mitteln die politische Minderstellung ihrer Beamten zu wahren, führte die politische Betätigung der Beamten in nicht-offiziellen Sinne zu zahllosen Fällen zur Erstarrungsverdrängung von Beamten und Lehrern, zum mindesten aber zu starken Störungen des Familienlebens. Wer zählt die Strafverurteilungen, Beförderungsverhinderungen, Kalkulationen, Kränkungen der Beamten, die auf politische „Arbeit“ zurückzuführen sind? Hier offenbart sich ein Jahrhundert-

langes Märtyrertum von Beamten-Persönlichkeiten, von dem heute kein Lied mehr singt.

In einem aber hat diese ungerechtfertigte Sanktionsweise den ganzen Beamtenstand auf das schwerste noch auf lange hinaus geschädigt: Im Ansehen des Volkes. Wie konnte das Volk die Ueberzeugung der Beamten achten, wenn es sich bewußt war, daß diese Ueberzeugung nicht der Ausfluß eigenen Erkennens, sondern die vom Staate seinen Beamten aufzuzwingende Anbahnung war! Ein Rückschlag auf all die verhehlten Experimente in der Weltkriegsperiode, im politischen und wirtschaftlichen Leben, zu deren Durchbringung beim Volke der Staat die Beamten nötigte, muß dem Beamten heute die Schamröte ins Gesicht treiben. Können die Beamten dem Volke verargen, wenn es auch heute ihre Autorität nicht anerkennt, weil die Beamten in dem begründeten Verdachte standen, daß ihre Meinung ein Echo der Meinung ihrer Vorgesetzten war.

Die Errichtung des Volksstaates hat den Beamten ein Geschenk in den Schoß geworfen, die politische Freiheit der Beamten. Freilich ist damit die Frage der Politisierung der Beamten noch nicht gelöst, denn diese ist in der Hauptsache eine Frage der politischen Erziehung der Beamten. Wenn ein Teil der Beamten auch weiterhin in politischer Abstinenz verharrt, und ein anderer Teil in politischen Dingen von „Oben“ sich die Richtlinien geben läßt, dann bleibt eben der Zustand der politischen Entmündigung für die Beamten bestehen. Bessere Erziehungsmöglichkeiten tut hier not. Der Interessenskreis der Beamten muß erweitert werden; bei der Wehrkraft ist er heute noch sehr eng, er geht nur wenig über die Gebaltsfrage hinaus; darin sind sie allerdings, wie man sich ausdrückt, schlimmste Sozialdemokraten. Sie erstehen, abseits vom Volksgange, ihre Grundsatzgebung aus drückender wirtschaftlicher Lage, in der sie sich infolge eigener verfehlter sogenannter Ständepolitik befinden, anstatt ihre ökonomische Gleichstellung mit den anderen Berufsständen durch Anschluß an das arbeitende Volk zu suchen.

Aber was den Beamten vor allem abneigt, ist der Gemeinheitswille, sich zu vollen Staatsbürgern zu entwickeln, sich zu politisieren, der aus ihrer Mitte spontan entfliehen möchte. Eine solche Entwicklung der Beamten, die bereits in allen politischen Lagern Anfänge zeigt, wäre gleich bedeutungsvoll für den Staat als auch für die Beamten selbst.

Werden die Beamten wirkliche Staatsbürger, also freie Menschen, die von ihnen übernommenen Pflichten freiwillig mit höchstem Verantwortungsbewußtsein erfüllen, dann erst wird der Volksstaat, der mit neuem besseren Geist erfüllt ist, dessen höchstes Ziel die Förderung aller seiner Glieder zu glücklichen Menschen ist.

Deutsches Reich.

Ein unabhängiger Schrei nach den Reichswehrtruppen! Wer hätte das gedacht, schreibt das „Hamburger Echo“, daß die unabhängige „Volksgewalt“ die von den Unabhängigen so viel geschmäht und angefeindeten Reichswehrtruppen barmherzig würde. Sie rufen freilich nicht nach den Reichswehrtruppen, sondern nennen sie verächtlich Ordnungstruppen, indem sie anlässlich der Mitteilung von 40 Einbrüchen fragen: Wo stehen die Ordnungstruppen? Womit sie zugestehen, daß für die Truppen noch sehr viel in Hamburg zu tun ist, was sie beim Einmarsch der Kruppen mit ungeheurem Kraftaufwand bestritten. Damals war nach ihrer Behauptung Ruhe und Ordnung längst wieder hergestellt und die „Rechtsozialisten“ wurden in gemeinsamer Weise beschimpft, weil sie den Einmarsch der Kruppen bildeten. Die aus den Gefängnissen befreiten Gefangenen haben bisher noch nicht alle wieder eingelangt werden können, wie die vielen Einbrüche und die Raubmorde der letzten Zeit beweisen. Denn auch die beiden Mörder des Reich sind im Juni bei den Anrufen aus dem Gefängnis befreit worden und wurden von der Menge auf die Hamburger Bevölkerung losgelassen und der junge Reich wurde das unglückliche Opfer der beiden. Die Ordnungstruppen sind eben noch nicht zu entlassen und hinter dem Schrei nach ihnen zeigt sich die wahre Meinung der Unabhängigen, die aus agitatorischen Gründen die Ordnungstruppen bekämpfen.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

60 Nachdruck verboten.

Der Köchin Zuzanna Gebuld wurde auf eine harte Probe gestellt, ihre Kräfte drohten zu zerfallen, so lange blieb die Beucherin drinnen. Ein paar Mal schon hatte sie an der Tür gehorcht — was redete die? In's Studierzimmer hineinzugehen getraute sie sich nicht, so blieb ihr nichts übrig, als mit den Herdrinnen zu raffen, mit den Topfdeckeln zu klappern und das Müdel zu verwünschen, die Hege, die schielige, die einen nicht gerade ansehen konnte. Die war sicherlich, bevor sie getauft war, dreimal unter einem Tisch und zwischen dessen Beinen durchgezogen worden! Betrachte nur einer Ihre Augen: der Augenstern war ja nicht rund, sondern länglich wie bei einer Krake. Die hatte den bösen Blick. Alles, was die anstarrte, mußte eingehen!

Auf den Hund den bösen Blick! Zuzanna spuckte dreimal aus und bekreuzte sich dann dreimal. Die würde doch nicht etwa Warrköchin werden wollen?

Es war schon längst dunkel, als Stasia aus der Studierstube wieder heraustrat. Sie hatte dem Herrn Wopff gebräutet und viel dabei geweint. Sie schluckte noch, als der Herr Wopff sie hinausgelockt in den Flur. Er kloß fest die Tür hinter sich, die Zuzanna aufpassen hatte; so konnte diese gar nichts mehr hören. Es dauerte wiederum noch eine geraume Weile, bis die Haustür klappete und der Herr Wopff zurückging ins Studierzimmer.

Wingigen Sternen gleich flimmerten die Lichter von Boctedo-Ansiedlung, auf die Stasia jetzt zuschritt. Sie eilte, denn sie fürchtete sich ein wenig. Das Dorf lag weit hinter ihr, ihr auch hörte sie nur noch sein Gundegebell, und sonst war rings um nichts als die umgekehrte nächtliche Weite. Ihren Kopf ruffend, schritt sie burtiger aus. Was, an Gelpenstern glaubte sie nicht, wie die dummen Bauern — was schwachten die da vom Hia Gora? Wenn wenigstens ein freier dort brennen würde, wie im Berg der heiligen Dreifaltigkeit bei Mikoslaw! Dann würde sie hinabren, selbst wenn der Teufel dabei läse und den brennenden Schatz bewachte, und sich die ganze Schürze voll Goldstücke raffte; sie fürchtete den Teufel

und alle Geister nicht. Aber jetzt hatte sie Angst; es war so finstern hier, schon so spät und sie ganz allein. Wenn nun einer käme und sie ansehe?! Suh, trappste da nicht schon hinter ihr ein Schritt?

Sie traute sich nicht, nach hinten zu schauen, aber hastig fuhr ihre Hand nach den langen baumelnden Dörgehängen — wenigstens die retten, wenn ein Räuber nähte! Aber sie hatte die Kringe noch nicht ausgehakt, als der Gefürchtete auch schon neben ihr war.

Sie guckte von der Seite. So viel sie sehen konnte beim schwachen Sternlicht: ein blonder Krastkopf, breit in den Schultern und doch schlank wie eine Krige. Ein Schwab!

Mühtig, er redete sie an auf deutsch: „n Wend, Mädchen, gehst du?“ — er verbesserte sich rasch, als er ihr vornehmtes Kleid sah — „gehen Sie so allein, Fräulein?“

Sie sagte leise: nein, der tat ihr nichts! Aber dann schauerte sie zusammen wie ein banges Kind und sprach auch auf deutsch: „Ich fürchte mich!“

„No, warum denn? Vor mir doch etwas nicht?“ Sie nickte.

Nein, das hatte sie wirklich nicht nötig! Gutmütig lachend ging er ein wenig von ihr ab auf die andere Seite der Straße. „Ja, tu Ihnen nie, Fräulein,“ sagte er treuerherzig, „wahrhaftig's Gott mit! Aber wenn et Sie mit geniert, geh' ich en Stückchen mit Ihnen lang! Wohin wollen Sie dann gehen, Fräulein?“

Sie sagte ihm, wer sie wäre, und daß sie zurück ins Foubhaus wolle.

Hja, da hatten sie ja bis in die Kolonie denselben Weg! Er nannte ihr auch seinen Namen. Das beste Haus in der Ansiedlung — 's war ihr gewiß schon aufgefallen? — das mit den Fenstern rechts und links von der Haustür, mit den Ställen apart und mit der Scheune, die das Viered schloß, gehörte seinem Vater. Es tat ihm gut, ihr das zu sagen, sie war ein hübsches Mädchen und gefiel ihm wohl. Davonder betradete er den zierlichen und doch vollen Wuchs. Am, die polnischen Mädchen waren alle nicht übel, aber die hier noch doch jede andere aus! Während ging sie und so leicht, man hörte kaum ihren Schritt. Das matte Sternlicht zeigte nicht viel, aber es zeigte doch genug; es umflimmerte ein blaßrundes, künftiges Gesicht mit einem weichen Stumpfnäschen. Als sie

ihn ansehete, sah er Erübchen. Und blonde Haare kamen unterm Hut vor, eine ganze mächtige hochgewölbte Krone über der Stirn.

Er machte verlebte Augen. Um sie beide war eine große Stille; mocht man auch blinke: nirgendwo ein Mensch, nicht einmal ein Tier. Die kitzelnden Nadelchen der Anstiedlung blinzelten noch fern, kein Gundegebell aus dem Dorf war mehr zu hören, selbst der Wind hielt sich still und pustete nicht. Da machte er wieder rasch die paar Schritte über die Straße zurück an ihre Seite und legte fest den Arm um ihre Taille. Sie trug kein Korsett, er fühlte die weiche Weigung ihrer Hüften.

Stumm ließ sie sich gefallen, und als sein Arm etwas fester drückte, ließ sie auch das sich gefallen.

Dicht nebeneinander, bei jedem Schritt auf dem holprigen Randweg schaukelten an Säulern reibend, gingen sie in die Einamkeit. Unwillkürlich dampften sich ihre Stimmen, zuweilen nur girte ein Rauchen des Mädchens auf. Als sie in die Kolonie kamen, ließ Valentin den Arm von ihren Hüften, aber sie gingen miteinander weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Vom „Wahren Treue“ ist soeben die 17. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag A. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Hugo Heinemann f. Von S. C. — Politisches Leben in der Türkei. Von Friedrich Schrader. — Der Geschäftskunterricht an den höheren Lehranstalten Preußens. Von Dr. Fecht (Königsberg i. Pr.). — Der Gegenwart über die Organisation der Betriebskräfte. Von Dr. Georg Plotow. (Schluß). — Eine neue Weltgeschichte von Dr. Sommer. — Literarische Rundschau: C. S. Becker, Gebanien zur Hochschullehre. Von S. Tunon.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporturen zum Preise von M. 6.50 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Aus der Partei.

Auf dem Wege zur Vernunft?

In Sachen ist ein schwieriger Fall eingetreten. Die Unabhängigen wollen sich nicht dem Vorwurf aussetzen, durch eine Politik der vollkommenen Vernunft die Sozialdemokratie zum Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen gezwungen zu haben und haben darum eine Reihe von Bedingungen formuliert, unter denen sie mit den Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Darüber gibt es nun natürlich beim nächsten Anhang der Unabhängigen viel offene Mäuler, man sagt sich dort, wie es möglich sei, daß man sich mit den Rechtssozialisten verbinden kann, die doch das Proletariat an den Kapitalismus verraten haben und überhaupt bekanntlich die größten Schurken sind die Gottes Erdboden jemals trug. Die „Freiheit“ hat nun große Mühe, ihren Lesern schonend den Gedanken beizubringen, daß die freundlichen Redensarten, mit denen man in ihren Spalten die Rechtssozialisten zu regieren pflegt, gar nicht so ernst zu nehmen sind und daß das Zusammenarbeiten mit den „Rechtssozialisten“ unter Umständen doch eine ganz nette Sache sein könnte. Sie wird wieder, ganz wie in der schönen Zeit, da es in Berlin noch unabhängige Minister gab, hervorragend verständig, indem sie eine theoretische Rechtfertigung des Zusammenarbeitens mit folgenden Ermahnungen verbindet:

Was die Kritiker des Fraktionsbeschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führen, war äußerst schwach. Selbst die entschiedensten Befechter des Kätegedankens mühten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Käteismus als brauchbar für den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist. Um so unlogischer war es, wenn sie ohne weiteres die Konsequenzen des Parlamentarismus ablehnten mit der merkwürdigen Begründung, die Massen würden es nicht verstehen. Als ob wir unsere Stellung nach der Stimmung der unglücklichen Parteien Masse und nicht vielmehr nach unserer politischen Überzeugung zu richten hätten! Das ist ja gerade unsere Aufgabe, die Massen aufzuklären und für den Sozialismus reif zu machen. Auch jetzt noch; denn die Unklarheit in der Arbeiterklasse ist noch immer erschreckend groß.

Wahrhaftig ja! Nur können wir nicht finden, daß es die Massen richtig aufklären heißt, wenn man die Sozialdemokraten einmal als Kerle hinstellt, von denen ein christlicher Hund kein Stück Brot nimmt, und sich das andererseits herbei erklärt, die Ministerposten mit ihnen zu teilen, wenn man einmal den Parlamentarismus als eine vollkommen überlebte Sache hinstellt und das andererseits, die Konsequenzen aus ihm zieht in der Richtung nach dem Ministerposten. Die Konsequenzen sieht man ja ganz deutlich — aber wo ist die Konsequenz?

Deutsche Nationalversammlung.

Eröffnung der Sitzung um 10.05 Uhr.

Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des unabh. Abg. Seeger behandelt die Forderung für die vertriebenen Elter-Vertriebenen. Herr Nat. Weller erwidert, die Notlage dieser Vertriebenen sei der Reichsregierung bekannt. Die Hilfsaktion sei dem Notentwurf übergeben worden. Es werde auch Erwerbslosenunterstützung gewährt. Besonders Augenmerk werde auf die Arbeitsvermittlung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederanrichtung der Erbsitzung gewährt werden. Ein Gesetz zur Regelung der Frage sei in Vorbereitung.

Die nächste Anfrage des Abg. Niedmiller (Soz.) behandelt die Notlage der während des Krieges aus der Schweiz emigrierten Wehrmänner, die jetzt infolge des Einreiseverbots ihr zurückgelassenes Hab und Gut aus der Schweiz nicht abholen können.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die Schweiz in dieser Hinsicht entgegenkommen zugeigt habe.

Auf die Anfrage des Abg. v. Graf (D.M.), ob die Reichsregierung bereit sei, das Material zu veröffentlichen, das über die Tätigkeit des früheren Staatssekretärs Mühlmann Aufschluß gebe und das unbedingt notwendig sei zur richtigen Beurteilung der Vorgänge, die in der Nationalversammlung besprochen worden seien und welche Anlaß gegeben hätten zu den bekannten Erklärungen Dr. Michalis, Hindenburgs, Ludendorffs und Dr. Helfferichs, erwidert:

ein Regierungsvertreter, daß dieses Material demnächst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Inwiefern letzteres der Fall sein könne, unterliege zurzeit der Prüfung, da nach internationalem Brauch die Veröffentlichung nicht ohne das Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Geherrnat v. Weller beantwortet dann eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.), was zur Veränderung der wagnisweisen Abwanderung deutscher Kunstschätze ins Ausland, die im Zusammenhang mit dem schlechten Stand unserer Valuta stehe, in Aussicht genommen sei, damit, daß gefehlende Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Die Außenhandelsstellen, die laut Anfrage des Abg. Hugo (D. Sp.) eine außerordentliche Erschwerung des Handels mit sich brächten, sollen nach Mitteilung der Regierung unternommen werden, als sie notwendig erscheinen, um wirtschaftliche Unternehmungen zu vermeiden.

Eine wiederholte Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann bezieht sich mit dem bekannten Fall Mannheimer-Vetlin. Sie wird von Geherrnat v. Weller dahin beantwortet, daß die französischen Goldnoten nicht in Schußhaft genommen, sondern von der Polizei gegen die ertze Menge geschützt worden, nach der Polizei gebracht und dort über ihre Personalien vernommen worden seien. Kameraden hätten sie dann nach der Posthaft gebracht. Die zur Posthaft gehörigen Personen gelten als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung könne leider keine Vorlesungen treffen, um die Wiederehr solcher unschöner Vorgänge zu verhindern. Bei der gegenwärtigen Lage unserer politischen Verhältnisse seien wir leider nicht imstande, für die Bestrafung der Schuldigen einzutreten, die durch Missetaten die Sieger, die sich schweigen! das Publikum gereizt und den eigentlichen Anlaß zu dem beabsichtigten Vorkommnis gegeben hätten.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Beide Vorlagen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem Reichsminister Müller ausgeführt hat: Die erste Vorlage will der Reichsregierung die rechtliche Grundlage zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dadurch ermächtigt, soweit nicht eine freiwillige Abgabe notwendiger Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages abzugeben sind, erfolgt, diese für das Reich gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Zu diesem Zweck wird ein beschleunigtes Enteignungsverfahren eingeführt werden. Der Zweck des zweiten Entwurfs ergibt sich aus der Ueberschrift und den näher gekennzeichneten einzelnen Abschnitten (Selbstverpflichtungen, Dienstleistungen, Schulden usw.). Während der Sommerpause der Nationalversammlung soll die Regierung auch dringliche gesetzgeberische Maßnahmen treffen können.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Postgebühren.

in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Postgesetzes und des Gesetzentwurfs über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Die §§ 1 bis 3 des Entwurfs über die Postgebühren werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 4 beantragt der

Abg. Hugo (D. Sp.) die Beibehaltung des bisherigen Postes, d. h. Befreiung von der beschriebenen Reichsabgabe für Zeitungen und Zeitschriften, die unter Kreuzband versandt werden.

Direktor Konge vom Reichspostministerium erklärt, daß bisher von der Presse noch keine entsprechenden Wünsche geäußert worden seien. Ferner habe die seitliche Danksagung zu den Zeitungen Mißbräuchen geführt, daß die Beibehaltung des jetzigen Zustandes von der gesamten Postverwaltung für unmöglich gehalten wird.

§ 4 wird unter Ablehnung des Antrages Hugo angenommen, bescheiden der Rest des Gesetzes, sowie ein Antrag, daß bereits am 1. Januar 1920 die Einführung des Einkaufspreises unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtspreise für Druckfachen und Geschäftsbriefe auf 500 Gramm vorzunehmen sei, daß ferner ein baldiger Entwurf einzubringen sei, durch den alle Postfreiheit aufgehoben und das Portoabgabungsverfahren beseitigt wird.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz zur Änderung des Postgesetzes und des Gesetzentwurfs über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren, ebenso der Gesetzentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Das Gesetz über

Wohneigentums- und Wohnerechtsfragen

findet in zweiter und dritter Lesung gleichfalls Annahme. Naturgemäß sprechen zu diesem Gesetz die weiblichen Abgeordneten, die sämtlich ihrem Grundgedanken zustimmen, aber auch bezeichnen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr getan werden könne.

Der polnische Aufstand in Oberschlesien.

Reichskanzler Bauer nimmt das Wort zu folgender Erklärung: Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren gewalttätig bemanneter Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die bewundernswürdigen Nachrichten im Umlauf. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die alarmierenden Nachrichten erheblich übertrieben sind. Am 12. Uhr mittags ist die Radrikat eingetroffen, daß das Generalkommando Herr der Lage sei. Die polnische Truppen eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet östlich der Linie Beuthen-Myślowitz hatten sich noch polnische Banden auf, die noch nicht gefaßt sind. Regulare polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldung des Generalkommandos trifft auch die Nachricht von der Besetzung Myślowitz nicht zu. Wir sind militärisch stark genug, um der Lage Herr zu werden. Es gibt nationale polnische Kräfte in Oberschlesien, die bekräftigen, daß die Volksherrschaft zu ihren Ungunsten ausfallen könnte, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bemühungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag entsprechend eine wirklich unbedingte unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die obersteinsten Bevölkerung vor solchen nationalpolitischen Angriffen zu beschützen. Es gerät mir zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Kräfte festhält, daß die polnischen Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken.

Darauf vertagte sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr.

Soziale Rundschau.

Deutscher Landarbeiterverschutz, Gau Baden.

In der letzten Zeit gingen wiederholt Artikel durch die Presse, welche sich mit den Landarbeiterskizzen beschäftigten. Für und wider. Beide Teile haben Recht. In Baden wissen wir ja zunächst von diesen Erscheinungen verhältnismäßig wenig. Aber wenn man so ist, so sind daran keineswegs die Arbeitgeber schuld, die die gleichen geblieben sind. Diese haben weder vom Kriege noch vom Novembersturm etwas verspürt. Während des Krieges füllten sie sich die Taschen und schreien nun Jeter und Morde, daß auch die Landarbeiter Staatsbürger und Bürgerinnen sein wollen und dazu noch gleichberechtigt. Ein ganz besonderer Zug dieser Diktatur ist nun aber der Verwalter Bender des Gutes Treßlingen in Oberland zu sein. Die Löhne, die da bezahlt werden, sind Hungerlöhne in wahren Sinne des Wortes. Sechs und sieben Mark für verkettete Arbeiter ohne Verpflegung. Wie damit ein Familienvater, der sonst nichts als seinen eigenen Verdienst hat, auskommen soll, ist uns ein Rätsel. Die Löhne der Verpflegung erhaltenen Knechte und Mägde bewegen sich zwischen zwei und vier Mark den Tag. Unsere Organisation hat im Auftrage der auf diesem Gute beschäftigten Arbeiterklasse Lohnforderungen eingereicht. Doch trotzdem der Brief eingeschrieben wurde, gibt der Herr Verwalter einfach keine Antwort.

Wiederholt mußten sich die Arbeiter über das Essen beklagen, weniger über die Qualität (die Landproleten sind ja nicht so verwöhnt), sondern über die Quantität. Als sich nun kürzlich wieder die Arbeiter über das zuwenig bezahlte, wurden sie barig abgewiesen. Nun war aber die Geburt der Arbeiter zu Ende. Sechs Mann verweigerten an diesem Nachmittag die Arbeit, meldeten sich aber am anderen Morgen wieder zum Arbeitsantritt. Doch sie wurden kurzerhand entlassen. Als nun der Gauleiter des Verbandes und der Kreisverwaltermann mit diesem Herrn Verwalter im Auftrage des Landarbeiterverschutzes unterhandeln wollten, erklärte der Herr Verwalter, einen Landarbeiterverschutz gibt es nicht. Die Leute werden einfach nicht wieder eingestellt. Nach dem Verbleib der Antwort auf unseren Tarifvoranschlag geantwortet, erklärte er: Im Papierford sind viele derlei Sachen Platz. Ueberhaupt wolle er mit uns nichts zu tun haben.

Nun gestalten wir uns in aller Öffentlichkeit die Frage: Darf man sich wundern, wenn die Arbeiter und ihre Beauftragten so behandelt werden und Dinge vornehmen, die der friedl. Bevölkerung, da sie für die nötigen Lebensmittel bangt, nicht schick sind? Oder soll die Landarbeiterschaft nach wie vor unter der Knute stehen, ohne nur in geringen Löhnen zu murren? Oder glaubt man, wenn die Landarbeiterschaft so behandelt wird, daß dem Kaufe: Zurecht als Land! Folge geleistet wird? Das Gegenteil wird eintreten! Simein in die Stadt, sagt das Land. Die Organisation wird mit diesen Herren überall ein ernstes Wort reden. Silt dieses nicht, so müssen auch die Landarbeiter zur Selbsthilfe greifen und das ist die Verweigerung der Arbeitskraft.

Arbeitsgemeinschaft der badischen Landwirtschaft.

Die landwirtschaftlichen Körperschaften Baden sind zu einer Arbeitsgemeinschaft der badischen Landwirtschaft zusammengeschlossen worden. Die Vereinigung hat den Zweck, alle Angelegenheiten der badischen Landwirtschaft auf wirtschaftlich-technischem, volkswirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiet gemeinsam beraten und zu vertreten. Demgemäß wird die Arbeitsgemeinschaft gebildet von der badischen Landwirtschaftskammer, dem badischen landwirtschaftlichen Verein, dem Genossenschaftsverband badischer

landwirtschaftlicher Vereinigungen, dem badischen Bauernverein und dem badischen Bauernbund. Monatlich soll mindestens einmal eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft stattfinden, zu der jede Organisation bis zu fünf Vertreter entsendet. Es ist vorgesehen, die Tagungsorte abwechselnd in verschiedene Landesgegenden zu verlegen und für die einzelnen Sachfragen sachverständige Gewerkschaften zu entsenden.

Jugend und Sport.

Bundeswertungsturnen der Arbeiterturner

31. August in Karlsruhe.

Die Bezirksvorturnerführung, die am 3. August in Karlsruhe stattfand, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem am 31. August auf dem Karlsruher Meßplatz stattfindenden Bundeswertungsturnen. Der Beginn des Wertungsturnes (Dresdener, Kugelhoch, 100 m-Lauf und Freiläuf) wurde auf 6 Uhr morgens festgesetzt. Jeder Verein ist verpflichtet, auf je 10 Turner einen Kampfrichter zu stellen. Abmarsch des Festzugs um 2 Uhr am Ludwigsplatz. Nach Antritt auf dem Festplatz werden die allgemeinen Freiläufungen vorgeführt, anschließend Festrede und Einübungen der Schüler und Schülerinnen. Um 4 Uhr Sonderwertungsturnen der Vereine und Entschädigungspreise um die Bezirksmeisterschaft in Faustball. Um 5 Uhr Fußballspiele der Badische Gruppe gegen Pflanzgruppe. Außerdem werden den ganzen Tag über Faustball- und Schlagballspiele ausgetragen. Von einem Bundeswertungsturnen an Getreide wurde Abstand genommen, doch ist es erwünscht, wenn möglichst viele Vereine sich durch Getreideturnen an den Sonderwertungsturnen beteiligen oder ihre besten Turner zu den Bezirksmeisterschaften stellen.

Es liegt nun an den Vereinen des Bezirks, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Turngenosse am Bundeswertungsturnen aktiven Anteil nimmt. Am 31. August gilt es in Karlsruhe zu zeigen, daß auch die Arbeiterturner und Sportler auf dem Gebiete der Körperpflege und Volksgesundheit Erprobungsfeld zu leisten imstande sind.

An die Arbeiterorganisationen und Vereine von Karlsruhe richten wir die Bitte, am 31. August von Veranstaltungen Abstand zu nehmen. Die Arbeiterturner haben sich immer zur Verfügung gestellt, wenn es galt, Arbeiterfeste zu veranlassen, sie glauben auch deshalb auf einen zahlreichen Besuch der Karlsruher Arbeiterschaft rechnen zu dürfen. Das Programm ist äußerst abwechslungsreich, sodass jeder Besucher befriedigt sein wird.

Landeskongress des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals (Gau Baden).

Am 17. und 18. August in Karlsruhe.

Am 17. und 18. August fand in Karlsruhe eine Konferenz der Organisationen des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, statt, die sich in der Hauptsache mit den gegenwärtigen Feuerungs-, Lohn- und Gehaltsverhältnissen des badischen Eisenbahnpersonals beschäftigte. Sämtliche Teilnehmer waren sich darin einig, daß die durch den Lohnsturz im März d. J. vereinbarten Löhne infolge der in den letzten Monaten eingetretenen Preissteigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel überholt sind. Einig war sich die Konferenz auch darin, daß eine durchgreifende Besserung der traurigen Verhältnisse nur durch einen Abbau der Preise erreiht werden kann. Die Verbandsleitung war dieserhalb wiederholt beim Finanz- und Staatsministerium vorstellig mit dem Resultat, daß seitens der Regierung versprochen wurde, das Mögliche nach dieser Richtung zu tun. Die Konferenzteilnehmer kamen jedoch zu der Überzeugung, daß es nach Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich sein wird, in absehbarer Zeit eine wesentliche Besserstellung des Personals auf diesem Wege herbeizuführen. Wohl wurde anerkannt, daß auf Drängen unserer Organisation durch Veränderung des § 6 des Lohnsturzgesetzes, wonach ab 1. August die Lohnbemessung ausschließlich nach dem Lebensalter erfolgt, hauptsächlich für die jüngeren Arbeiter eine kleine Verbesserung eingetreten ist. Andererseits steht aber fest, daß in der Privatindustrie zurzeit wesentlich höhere Löhne bezahlt werden.

In der sehr regen und ausgiebigen Diskussion, an der sich Kollegen aus allen Teilen des Landes beteiligten, kam deutlich und scharf zum Ausdruck, daß die herrschende Not nicht lokaler Natur ist, sondern allgemein besteht. Die große Mehrheit der Redner war mit der Verbandsleitung der Ansicht, daß neben den bestehenden Tariflöhnen durch Gewährung von Feuerungs- und Kinderzulagen ein Ausgleich geschaffen werden muß. Die Zulagen sollen im Hinblick darauf, daß der Herbst vor der Tür steht und somit an die Anschaffung von Wintervorräten gedacht werden muß, zum größten Teil so rasch als möglich bewilligt werden. Des Weiteren sollte unbedingt seitens der Regierung einem großen Mangel abgeholfen werden, der in der großen Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zum Ausdruck kommt. Rasche Hilfe ist dringend geboten und Sache der Regierung und Ratgeber des Landtags muß es sein, sich dieser Aufgabe nicht zu verschließen. Scharf kritisiert wurde auch das Verhalten eines Teils der Presse, die durch die zahlreichen Korrigenda über Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der Staatsarbeiter und Beamten eine Irreführung der öffentlichen Meinung herbeiführt.

Die Konferenz befahte sich des Weiteren noch mit der Entlassung solcher Arbeiter, die nicht auf Verdienst angewiesen sind und Selbstbeschäftigte sind. Die Arbeitervertreter sind angewiesen, die einzelnen Fälle genau zu prüfen und streng darauf zu achten, daß Ungerechtigkeiten vermieden werden. Aufgabe der Staatsbetriebe muß es sein, das Heer der Arbeitslosen nach Möglichkeit zu verringern. Wer aber nachweislich Arbeit und Mägen zu Hause hat und nur nebenbei noch zur Bahn geht, hat schon die moralische Verpflichtung, einem Arbeitslosen Platz zu machen.

Die Konferenz befahte sich des Weiteren noch mit der Einführung des Betriebsratswesens, von dem erwartet wird, daß es auch für die Verkehrsbetriebe das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bringt. Ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen Verbandsinstanzen soll sofort nach Abschließung des Gesetzes durch die Nationalversammlung in die Wege geleitet werden. Ein Vertreter der Württembergischen Eisenbahner sprach sich im gleichen Sinne aus. Das Resultat der in allen Teilen ernst und sachlich verlaufenen Konferenz gipfelte in der Annahme folgender Entschlüsse:

1. Die Landeskongress des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals vom 17. August nimmt Stellung zur herrschenden Teuerung und den gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsverhältnissen des badischen Eisenbahnpersonals und beschließt nach eingehender Aussprache folgendes:

1. Die Konferenz stellt sich auf den Boden der von der Reichsregierung in Vorschlag gebrachten Feuerungs- und Kinderzulagen für alle Staatsarbeiter und Beamten mit der Maßgabe, daß 100 % der Zulage und 1/2 der Kinderzulage sofort mit dem übrigen Betrag in drei Monatsraten bis Jahresende zur Auszahlung kommt.

2. Die bisherigen Abzüge an den laufenden Feuerungsbeiträgen sind rückwirkend ab 1. März d. J. aufzuheben. Die Feuerungsbeiträge selbst sollen entsprechend den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen erhöht, die Einkommensgrenze für Gewährung der Kinderzulagen von 30 M auf 50 M festgesetzt werden.

3. Die Konferenz fordert weiter, daß in Krankheitsfällen an sämtliche Lohnempfänger die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn auf die Dauer von 26 Wochen bezahlt wird.

Die Gewerkschaften sind beauftragt, im Verein mit der Hauptverwaltung diese Forderungen bei den maßgebenden Instanzen mit allem Nachdruck zu vertreten. Es ist zu erwarten, daß sich die Eisenbahner der übrigen Bundesstaaten dieser Forderung anschließen werden.

Aus dem Lande.

Stillingen.

Ausstellungen. Im Mittel werden infolge des Friedensvertrags große Ausstellungen von Wald vorgenommen. So zwischen Reichenmühle und Langenab, das hübsche Wäldchen am Bruckenberg an der Abzweigung von Langenab zur Vergörschmiede ist völlig wiedergelegt worden. Es wurde damit ein Waldteil von etwa 12 Hektar abgeholzt.

Rastatt.

Dank der Heimat. Zu unserer Notiz in Nr. 184 teilt uns das Rote Kreuz mit, daß jene Notiz auf einem Irrtum beruhe, daß vielmehr die Sammlung bis jetzt schon ein so gutes Ergebnis hatte, daß der Rote Kreuz-Ausschuß auf die überaus große Opferfreudigkeit aller Berufsstände in Stadt und Land hinweisen könne. Umso besser!

Der blühende Gemeinderat. Für die Arbeiterkassen bei den hiesigen militärischen Behörden werden zurzeit Tarifverhandlungen gepflogen, wobei Herr Gemeinderat Wiesdorf als Sachverständiger angerufen wurde. Während nun alle maßgebenden Stellen sich darüber einig sind, daß zwischen den Lebensbedingungen in Karlsruhe und in Rastatt kein Unterschied besteht, äußerte sich Herr Wiesdorf dahin, daß man in Rastatt um 10% billiger als in Karlsruhe lebe! — Diese Neuherung des Sachverständigen läßt auf die Tarifverhandlungen einen ungünstigen und verheerenden Einfluß aus; trotzdem darf man annehmen, daß die maßgebenden Stellen anderer Ansicht sein werden. Herrn Wiesdorf wären wir dankbar, wenn er uns seine Bezugsquellen benennen wollte. Wir sind überzeugt, daß jeder Leser unseres Blattes die Gelegenheit benützen würde, billig einzukaufen. Um aber die Ausführungen des Herrn Wiesdorf etwas zu beleuchten, wollen wir nur einen Fall herausgreifen: Weibler Käse kostet in Karlsruhe 1,20 M das Pfund und in Rastatt 1,50. Wie ihn Herr Wiesdorf bezieht, wissen wir nicht!

Zentralverband der Handlungsreisenden. In einer am 18. August abgehaltenen Mitgliederversammlung erkrankte der Gemeindevorsteher Schneider (Karlsruhe) Bericht über den Gesandtschaftsbesuch in seiner jetzigen Fassung den Wünschen der Arbeiter und Angehörigen durchaus nicht genügend Rechnung trage. Die Mitgliederversammlung nahm darauf einstimmig eine Resolution an, in welcher die Nationalversammlung gebeten wird, den Gesandtschaftsbesuch an die Kommission zurückzugeben.

Wer nicht gehorcht — der steigt. Von einem Arbeiter des Durchgangslagers in Rastatt wird uns geschrieben: Wirklich sonderbar geht es hier bei der Wahl der Arbeiter- und Angestelltenvereine zu. Zunächst gibt der Lagerkommandant Befehl, daß Heberstunden, die, wenn nötig, auch nachts zu leisten sind, nicht besonders beachtet werden. Die Leute können dafür zu einer anderen Zeit daheim bleiben. Wer mit dieser Bestimmung nicht einverstanden ist, dem wird gefolgt. Der Herr Kommandant scheint nicht zu wissen — und das mag auch als Entschuldigungsgeschick gelten — daß sowohl bei der Frage der Heberstunden als auch bei der der Entlassungen der Arbeiter ein Wortchen mitzureden hat. Wie man aber im Durchgangslager die Arbeiter- und Angestelltenvereine aufstellt, kann man nach einer Neuherung der rechten Hand des Lagerkommandanten, eines Angehörigen namens Schenk, beurteilen, welcher ganz naiv in einer Versammlung zu den Angestellten sagte: „Sollten Sie in den Ausschuss vielleicht Herrn wählen, deren Person dem Herrn Kommandanten nicht angenehm wäre, so nehme ich an, daß diese Herren von selbst so viel Takt besitzen werden, von dem Amt zurückzutreten.“ Keine Auffassung! Das zweite Wort dieses Herrn ist: „Wer ist zu erheben; es gibt genug Stellenlose!“ — Wie hoffen, daß die neuereinstellenden Ausschüsse dem Herrn recht bald klar machen, daß antwortlich jeder zu erheben ist.

Bühl.

Parteiversammlung. Am Samstag, 23. August, abends 8 Uhr, findet im Nebenraum des Restaurants „Fortuna“ die Monatsversammlung der Bühlerversammlung statt. Die Versammlung verspricht recht interessant zu werden, da Genosse Kapp aus Baden-Baden über den Parteitag in Weimar sprechen wird. Alle Parteimitglieder werden eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Baden-Baden.

Kaufmannsfeier zum Besten der Kriegsgefangenen. Das am Sonntag, 17. August, abgehaltene Kaufmannsfest, dessen Ertrag für die heimkehrenden Kriegsgefangenen verwendet werden soll, erreichte bei trotz des Eintrittspreises von 30 M ein außerordentlich gutes Ergebnis. Der Eintrittspreis hätte auch doppelt so hoch sein dürfen, die Baden-Badener Kaufleute hätten den Kaufmannsabend doch gefüllt. Wir bezweifeln ja, ob viele von den Gästen mitten im Krampf der Vergnügungen und des Balles auch der Kriegsgefangenen gedenken. Die Hauptsache bleibt aber, daß viel Geld eingegangen und daß dieses recht vernünftig für unsere Gefangenen verwendet wird. Anerkennung verdienen die Künstler, welche sich für das Fest in uneigennützigster Weise zur Verfügung stellten. Als Gesangsvereine traten Frau Inge Gleichen-Steinberg vom Operntheater in Berlin, Frau Emma Werthe-Bauk vom Landes-Theater Gießen auf, letztere mit einer sehr gut dargelegenen Arie aus dem „Freischütz“. Nicht endemöllerer Beifall erntete Frau Werthe-Bauk mit ihren Violinbegleitern. Die junge Künstlerin spielte „Nocturne“ von Chopin-Serenate und „Allegretto“ von Roderich; bei letzterem Stück konnte man besonders ihre vollendete Technik bewundern. Auf der nächsten Arie traten unter Leitung von Dr. Hermann Grubendorf zwei wohlklingende Hornquartette von Hans Sachs auf. In diesen Tagen waren sie ja sicher von der Öffentlichkeit verboten worden, denn die „Hörner“ kamen bei beiden Stücken schlecht weg. Das Baden-Badener Publikum ist aber, wie es scheint, nicht sehr feinsinnig, denn es spendete reichen Beifall. Schwänken müssen wir außerdem noch: Juv. Ruhonns Marionetten, Camellore Flegels Freilichtspiele, die Aufführung von Leo Fall's „Die Brüderlein Fein“, sowie das Doppelkonzert des Städt. Orchesters und der Kapelle des Reichswehr-Pionier-Bataillons Nr. 14. Alles in allem ein Fest, bei dem auch der vernünftige Baden-Badener Kaufmann nicht sein konnte.

Worms.

Stadtschuldenverwaltung. Am Freitag, den 22. August, nachmittags 4 Uhr, findet im Rathausgebäude eine Sitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verkündung der Sparkassenrechnung pro 1918, 2. Verkündung der Sparkassenrechnung pro 1917, 3. Änderung der Zeichen- und Forderungsverordnung, 4. Grundbesitzkataster, 5. Aus- und Entwässerung der Ruhrweiden, 7. Gewässerung von Ausgleichsflächen an die hiesigen Beamten und Bediensteten und Festsetzung der Tagelohnsätze für die hiesigen Arbeiter, 8. Erreichung einer Gehilfenliste bei der hiesigen Sparkasse.

Mitteilung aus der Gemeinderatsitzung vom 16. August. Die Tagesordnung für die am 22. d. Mts. stattfindende Bürgerauswahlversammlung wird gutgeheißen; Der durch Gewährung der Ausgleichsflächen an die hiesigen Beamten und Bediensteten und durch Beschaffung der Tagelohnsätze an die hiesigen Arbeiter pro 1919 einzuhebende Aufwand mit 23.000 M soll durch Erhebung eines Vermögenssteuernsatzes gedeckt und zwar soll erhoben werden: von 100 M Eigenvermögen 6 M, von 100 M Steuerwert des Vertriebswertes 6 M, von 100 M Steuerwert des Kapitalwertes 7 M, von 100 M Einkommensteuerjahr 8 M. Die Jahresvergütung der Gemeinderatsmitglieder wird mit Wirkung vom 1. Juli 1919 an

auf je 800 M festgesetzt. — Die Versteigerungsbedingungen bezüglich der vier abzugebenden Baupläne an der Eisenbahnstraße werden gutgeheißen. Es steht noch eine Neuherung der Baubauinspektion fest wegen des Anschlußgleises aus, auf deren Einfluß die Versteigerung der Plätze erfolgen wird. — Die Baubauinspektion in der Höhe bei den Helsen wird statt am Mittwoch samstags am Montag und Freitag von nachmittags 1 Uhr an bis einschließlich Abends für Frauen und Mädchen freigegeben. — Die am 12. d. Mts. stattgehabte Oberversammlung mit einem Erlaß von 1247 M wird genehmigt. — Der Gemeinderat gibt damit einig, daß die Mitglieder der Wohnungskommission gleichzeitig auch das Wohnungamt bilden.

B. Bestenweiser. Das altrenommierte bürgerliche Gasthaus zum „Höfel“, in welchem von Herrn Adolf Burkard auch eine bedeutende Konditorei betrieben wurde, ging um den Preis von 70.000 M an einen Herrn M. Schnurr aus Ottershöfen über. Letzterer wird den Betrieb seines neuerrichteten Anwesens bereits mit dem Monat September d. J. übernehmen.

Offenburg.

z. Egerwieser. Bürgerauswahlversammlung. Am Samstag, 9. d. Mts., fand hier eine Bürgerauswahlversammlung statt. Zunächst wurden die Tagesgeschäfte des Herrn Bürgermeisters von 6 auf 12 M erhöht. Ebenso wurden die Vergütungen an den Polizeibeamten für Beförderung von 1,50 auf 2 M festgesetzt. — Dann hatte unsere Partei fünf Anträge gestellt, die verschiedene Angelegenheiten in der Gemeinde regeln sollten. Der 1. Antrag, betreffend der Lebensmittellieferung, wurde vom Herrn Bürgermeister einstimmig abgelehnt. Genosse Koger machte dem Gedächtnis des Herrn Bürgermeisters etwas nachsehen, indem er nachträglich darauf bestand, daß der Lebensmittellieferung unbedingt das Ausüben ihrer Funktionen nicht erschwert werde. — Weiter forderte Genosse Koger, daß die Beschlüsse der letzten Ausschusssitzung unbedingt beachtet werden müssen. Es betrifft das hauptsächlich die Beförderung der eingetragenen Lebensmittel durch Anschlag. Weiter wurde von uns eine geordnete Regelung der Oberversammlung verlangt. Damit jeder etwas erhalte, wurde von unserer Seite vorgeschlagen, jedem Steigerer nur ein Los zu geben. — Genosse Koger sprach glaubt, daß in der Rücksicht eine Beförderung eintreten könne, wenn die Bienehalter und Selbstverarbeiter etwas mehr Rücksicht auf ihre Nebenbarnen nehmen würden. — Weiter hatte der Bürgerauswahl unser Antrag auf Entfennung der Hausnummern einstimmig angenommen. Die betr. Häuser sind heute noch nicht entfernt.

Die weiteren Punkte wurden deshalb nicht erledigt, weil es verschiedenen Herren etwas zu lange dauerte, sie lesen einfach davon. Auch der Bürgermeister ließ hinter sich (11). Wir sind der Meinung, daß etwas mehr parlamentarische Ordnung nun sehr am Platze wäre. Häufige Bemerkungen seitens verschiedener Mitglieder des Ausschusses dürften unterbleiben. — Bei den nächsten Wahlen kann ja der Herr, die solche Interesse an den Gemeindeangelegenheiten zeigen, nachgeholfen werden.

Oberversammlung. Am 20. August, Morgen Donnerstag, 21. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Nebenraum zur „Kanne“ eine Mitgliederversammlung statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, ist vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Schleiberg bei Stillingen. 18. Aug. Das Anwesen des Landwirts Josef Kung ist niedergebrannt.

S. Wilsch, 20. Aug. Heute nacht brannte das Anwesen des J. Kung nieder.

Wohnung b. Wehl, 19. August. Wie die „Offenb. Ztg.“ erzählt, ist die französische Besatzung aus Gohnhurst zurückgezogen worden. Die Franzosen verschwanden am Samstag lang- und langsam und die Posten wurden an der Besatzungsgrenze eingezogen. Mehreres wird aus Wülten und Wültenber berichtet. Aber die Ursachen der plötzlichen Entfennung der Franzosen ist nicht bekannt.

Wandlungen bei Emmendingen. 20. August. Der mit seiner Frau schon längst in Frankreich lebende Katze Benzinger hat diese in den Reben erlöset. Benzinger überließ die nicht-ahnende Frau, sich zu Boden und gab drei Schüsse auf sie ab, die sofort tödlich waren. Dann eilte er nach Hause und erzählte folgendes:

Enden, 19. August. Der Bürgermeister Martin Kraus stürzte auf dem hiesigen Bahnhofsplatz dem Unfallen von Dielen von einem Eisenbahnwagen ab. Er erlitt einen Schädelbruch und war bald darauf tot.

Konstanz, 16. Aug. Der hiesige Flughaafen hat seine Tätigkeit aufgenommen. Der Hafen bildet einen Teil der Deutschen Luft-Rederei und soll vor allem für den Verkehr nach der Schweiz und Italien dienen. Weiter ist der bekannte Flieger-Ingenieur C. Legel.

Mannheim, 19. August. Wie in Karlsruhe so hatte auch hier der Vertreter der Arbeiterkommunisten Hoffmann mit der Entfennung einer Eisenbahnwerkstatt wenig Glück, denn es waren dort nur 25 Personen erschienen.

Mühlheim bei Heidelberg, 20. Aug. In Vorderbach spielte der 13jährige Sohn einer Landwirtsfamilie mit einer alten Feuerpistole und schloß ein Händchen darauf. Pünktlich landete ein Schuß und die ganze Ladung ging mit samt dem Baby in einem neunjährigen Mädchen durch den Leib. Trotz sofortiger Operation starb das Kind.

Heidelberg, 17. August. Der Stadtrat hat dem Väterauschuß eine Vorlage zugehen lassen über den Bezug von elektrischer Energie aus dem städtischen Müllwerk. Die Kosten für die Leitungen und Einrichtungen werden 973.000 M betragen.

Kulmbach bei Heidelberg, 18. Aug. Am Samstag drach im Schloß des Eisenbahnarbeiters dem Bedienten Feuer aus, das aus dem angrenzenden Anwesen der Witwe Heinrich Weg ergriff und dieses zerstörte. Der Schloß ist ebenfalls verbrannt. Der Gebäudewert beträgt 12.000 M, der Sachschaden 8700 M. Das Feuer wurde von spielenden Kindern verursacht.

Mannheim, 17. August. Im Stadtrat lesen wir: Der Schlichtungsausschuß hat den Wählerlisten eine Vollerhebung von 80 M. in der Woche zugebilligt. Außerdem sind seit der letzten Preisfestsetzung vom 17. April die Brennstoffe erheblich teurer geworden. Es ist deshalb eine Erhöhung des Preispreises, und zwar auf 80 Pf. für den 3 Pfund-Beck, notwendig geworden. Unter der Voraussetzung, daß das Ministerium des Innern diese Preisfestsetzung genehmigt, soll sie sofort in Kraft treten.

Mannheim, 19. Aug. Die Stadtschuldenverwaltung (Wg.) und Regierungskommissar Seibold (Dem.) wurden zu beabsichtigten Sitzungen gewählt.

Heidelberg, 18. Aug. Durch die hiesige Gendarmerei wurden zwei Mitten mit je einem Zentner Zucker, die unter falscher Bezeichnung als Eisenstücke in der hiesigen Güterhalle aufgegeben worden waren, beschlagnahmt.

Vorsichtige Betriebsräte. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird das Bestreben ausgesprochen, daß in Mannheim ein Teil der Arbeiterkraft daran gehe, Betriebsräte zu wählen, ohne deren bevorstehende gesetzliche Regelung abzuwarten. Dieses Vorgehen entbehre der gesetzlichen Grundlage und es könne den ganzen Betriebsratgedanken in Mitleid bringen und vor allem die Arbeiterkraft selbst lähmen, wenn in so voreiliger Weise verfahren würde. Man kann nur wünschen, daß die Betriebsräte

praktische Geltung zu verschaffen. Die Arbeitgeber würden sich der Gesetzgebung mit schuldig machen, wenn sie solchen Bestrebungen nachgeben wollten; sie könnten nichts anderes tun als sie ablehnen.

Unterstützt durch Gaben an Geld, Ferienpaaziergänge der Kinder von der Kinderjugendkommission.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. August.

Außen aus amerikanischem Weizenmehl. Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die Versorgungsbehörden aus dem amerikanischen Weizenmehl Weizenmehl, Lammfleisch und auch Kuchen ohne Oblaufzeit beim Bäcker herstellen lassen und teilweise haben sich die Bäcker in den Zeitungen dann erboten, Weizenmehl aus den genannten Quellen für Privote zu verarbeiten. Eine amtliche Notiz in der „Karlsruher Ztg.“ weist auf eine früher erlassene Verordnung hin, wonach für Personen, die nicht krank sind, grundsätzlich nur Roggenbrot hergestellt werden darf und wonach die Bäcker nur Weizenmehl ausgeben, nicht aber den Teig dazu bereiten dürfen. Zu diesen amtlichen Auslassungen möchten wir doch bemerken, daß die Regierung hier etwas zu kleinlich vorgeht, denn es kann bei dem vollständig gleichgültig sein, ob die Weizenmehl ihre Teig selbst bereiten, oder ob das der Bäcker tut. Viel mehr sollte die Regierung einmal nach dem Nechten leben, wo mit dem auf Schleichhandeln erwerbenden Mehl Brotwaren hergestellt und diese zu ganz unerhörten Wucherpreisen in den öffentlichen Buden usw. verkauft werden.

Schätzpreise für Gemüse. Die bobiische Gemüseversorgung hat folgende Erzeugerhöchstpreise für Gemüse festgesetzt: Erbsen 30 M das Pfund, Bohnen 30 M, Puffbohnen 16 M, Gelberbsen und Karotten 4 bis 8 M, Kohlrabi 15 M, Weikraut 10 M, Wirsing 12 M, Rotkraut 20 M und Zwiebeln ohne Kraut 30 M.

Roggenkleinbrot. Das Ministerium des Innern hat den Bäckern gestattet, aus Roggen auch Kleinbrot im Gewicht von 100 Gramm herzustellen und hat den Preis für ein solches Stück Roggenkleinbrot auf 10 Pf. festgesetzt.

Sozialdemokratischer Verein. Morgen Donnerstag abends 8 Uhr Vorstandssitzung in der „Krone“.

Lehrerzulassung der hiesigen Beamten. Aus einer Vorlage mit Bestimmungen über die Lehrerzulassung der Beamten, die jenseit dem Bürgerauswahl zugest. ernehmen wir folgendes: Die vollbeschäftigten Beamten und Beamtenanwärter der Stadt, der Stadtschulrat, der Rektor und die Lehrer an den hiesigen Volksschulen und der Direktor des hiesigen Krankenhauses erhalten folgende jezeitige mehrerhöhte Lehrerzulassung: Die Lehrerzulassung beträgt jährlich: bei einem Jahreslohn (kommen a) bis mit 2000 M für ledige 144 M, für verheiratete ohne Kinder 240 M und steigt bis zu einer Höhe von 900 M; bei 7 Kindern; b) über 2000 M bis mit 2900 M für ledige 144 M, für verheiratete ohne Kinder 192 M und erhöht sich bis auf 648 M; bei 7 Kindern; c) über 2900 M bis mit 4300 M für verheiratete ohne Kinder 168 M, bei einer Kinderzahl von 7 = 924 M; d) über 4300 M bis mit 5400 M für verheiratete ohne Kinder 144 M, bei einer Kinderzahl von 7 erhöht sich der Betrag auf 900 M; e) über 5400 M bis mit 9400 M für verheiratete bei einer Kinderzahl von 1: 120 M und steigt bis zu 804 M bei 7 Kindern.

Für jedes weitere Kind wächst der Gehaltsbeitrag fort-schreitend um 12 M. Beamte usw. mit einem Dienstlohn von mehr als 2900 M, 2900 M, 4300 M, 5400 M oder 9400 M erhalten die Befähigung bis zur Erreichung desjenigen Gesamtbetrags an Dienstlohn und Lehrerzulassung, den sie beziehen würden, wenn sie ein Dienstlohn von 2900 M, 2900 M, 4300 M, 5400 M oder 9400 M hätten.

Die Lehrerzulassung beträgt jährlich: a) für ledige, die das 50. Lebensjahr zurückgelegt haben, in der 1. Anzahl, Wohnungsgeldbeitrag, Ortsklasse: 3000 M, 2: 2900 M, 3: 2800 M, 4. und 5.: 2600 M; b) für Verheiratete, ohne Kinder, in der 1. Anzahl, Wohnungsgeldbeitrag, Ortsklasse: 3200 M und steigt bis zu 8000 M; 4. und 5. mehr Kindern, in der 1. Anzahl, Wohnungsgeldbeitrag, Ortsklasse: 3700 M, 2: 3600 M, 3: 3500 M, 4. und 5.: 3300 M; c) Die ledigen Beamten usw., die das 50. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, erhalten für jedes Jahr, das ihnen ganz oder teilweise zur Vollendung des 50. Lebensjahres fehlt, 125 M weniger als die vorstehend unter Buchstabe a genannten Zulagebeträge; d) Erreicht die hiesige Vergütung eines Beamtenanwärters den Betrag von jährlich 900 M nicht, so beträgt die Lehrerzulassung 600 M und die Zulage für jedes Kind 5 M. Dieses Betrages.

Den männlichen Beamten usw. mit Ausnahme der Beamtenanwärter, deren hiesige Vergütung den Betrag von 900 M nicht erreicht, wird ein Mindestlohn gewährt, das beträgt: a) bei ledigen, die das 50. Jahre alt sind, in der Ortsklasse 1: 3600 M, 2: 3400 M, 3: 3200 M, 4. und 5.: 2900 M; b) bei den übrigen in der Ortsklasse 1: 5100 M, 2: 5000 M, 3: 4800 M, 4. und 5.: 4500 M.

Nachgehend für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ortsklasse ist der Wohnort.

Sind mehrere Angehörige desselben Haushalts im hiesigen Dienste beschäftigt, so erhält nur ein Glied des Haushalts (der Vater oder die Mutter oder das dienstfähigere der Kinder usw.) die volle Zulage. Den übrigen Gliedern wird die nach den vorstehenden Bestimmungen berechnete Zulage für ledige abzüglich eines Betrages von je 250 M jährlich gewährt.

Reiner enthält die Verläge Bestimmungen über Lehrerzulassung an zugewiesene Beamte und Arbeiter und deren Hinterbliebenen.

Zur Wohnungsnot. Ein besonderes Kapitel in der Wohnungsfrage bilden die Dienstwohnungen. Wir haben schon häufig darauf hingewiesen, daß vor der Verordnung des Arbeitsministeriums betr. die Nationalierung der Wohnräume auch die Dienstwohnungen nicht halt machen dürfen, daß auch hier der Teil der Wohnung, der über das zutändige Maß hinausgeht, zur Deckung des ungeheuren Wohnungsbedarfs mit herangezogen werden soll. Es scheint nun in dieser Sache nichts weiter gegeben zu sein, obgleich gerade hier u. S. die Herren Beamten, auch wenn sie noch so „hoch“ stehen, ersten Anlaß hätten, mit gutem Beispiel voranzugehen, und auch die Regierung die leichteste Möglichkeit hätte, ihren Verordnungen Beachtung zu verschaffen. Es wird uns berichtet, daß der Direktor einer hiesigen Mittelschule, der Junggeheiß ist, eine Dienstwohnung von 8-10 Zimmern inne hat, wie glauben, dem Herrn Direktor wird es in seinen eigenen Mäulchen selber unheimlich, es wird sicher immer geben, die er das ganze Jahr nicht betritt. Warum können dieser Wohnung nicht 2-3 Räume weggenommen werden? Ein anderer hoher Staatsbeamter bewohnt mit 3 Personen (einschließlich Dienstmädchen) eine Dienstwohnung von 14 — derselbe — Zimmern. Wir meinen, das ist doch entschieden zuviel des Guten; hier muß eingegriffen werden. Es geht nicht an, daß in einer Zeit, wo tausende aufeinandergepreßter in engen Behausungen, in Kellern, auf Speichern, in Baracken und Holzgästen wohnen müssen, bestaunten Herrschaften ganze Zimmerflächen besetzen. Es muß dringend verlangt werden, daß bei der Erfassung der Wohnräume keiner Haus für Haus gemacht wird.

Aus der Stadtratsitzung vom 14. August 1919.

Oberbürgermeisterliche. Auf das Ausschreiben der Stelle des Oberbürgermeisters sind 11 Bewerbungen eingegangen. Der Stadtrat beruft eine Kommission zur weiteren Behandlung der Angelegenheit.

Ergänzung des Bürgerausschusses. An die Stelle des infolge Wegzugs von hier aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Ingenieurs Hans Kaufmann tritt nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächster der gleichen Wahlbezirksliste angehörender Bewerber der Deutschen Demokratischen Partei Rechtsanwalt Otto Heinsheimer mit Amtsdauer bis zur Erneuerungswahl des Bürgerausschusses im Jahre 1922.

Errichtung einer Gaswasserbereitungsanlage beim Hof Gaswerk. In dem für die Erweiterung des städtischen Gaswerkes unter dem 13. Juli 1914 vom Bürgerausschuss bewilligten Kredit waren 90 000 M für die Errichtung einer Anlage zur Verarbeitung des bei der Gaserzeugung sich ergebenden Ammoniakwassers vorgesehen. Es sollte hauptsächlich Schwefelsäure-Ammoniak hergestellt werden, das als Düngemittel begeben ist. Die Anlage konnte aber während des Krieges nicht ausgeführt werden. Nunmehr beantragt das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt die alsbaldige Erbauung der Anlage, zumal die bestehenden Einrichtungen für die Verdichtung des Gaswassers ungenügend sind. In Uebereinstimmung mit der Baukommission beschließt der Stadtrat, beim Bürgerausschuss die zur Errichtung der Anlage dienlich über den Kredit vom Jahre 1914 hinaus erforderlichen Mittel von 250 000 M beim Bürgerausschuss anzusprechen.

Verbreiterung der Gasverteilungsanlage im ehemaligen Gas-

wert I. Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt schlägt vor, die auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks I, Kaiser-Allee 11, bestehenden über 40 Jahre alten Einrichtungen zur Verteilung des Gases, die den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen und insbesondere zu einer geordneten Gasverteilung der West- und Südweststadt nicht mehr ausreichen, durch neue an anderer Stelle des Grundstücks zu ersetzen. Die Kosten der Anlage samt Rohrleitungen sind auf 270 000 M berechnet. Der Stadtrat fordert sie in Uebereinstimmung mit der Baukommission beim Bürgerausschuss an.

Schaffung weiterer Kleingärten. Das Generalkommando 14. A. K. hat sich auf Ersuchen des Stadtrats bereit erklärt, den südwestlichen Teil des großen Exerzierplatzes (anschließend an das städt. Krankenhaus und die Telegrafenkaserne) zur Anlage von Kleingärten der Stadtgemeinde zu überlassen. Auf diesem Gelände ist die Einrichtung von etwa 20 Kleingärten möglich. Die beteiligten städt. Stellen sind nun beauftragt worden, Vorschläge darüber zu machen, auf welche zweckmäßige Weise und mit welchen Kosten auf diesem Gelände der Rest des Kleingartens beim städtischen Gaswerk aufgebracht werden kann.

Schulegesundheitspflege. Der Stadtrat beschließt, beim Bürgerausschuss die Schaffung der etatsmäßigen Stelle eines Stadt- und Schularztes mit Wirkung vom 1. Oktober ds. J. zu beantragen und durch öffentliches Ausschreiben zur Bewerbung um die Stelle aufzufordern.

Umschreibung auf andere Kundenlisten. Das städtische Rahmungsamt wird ermächtigt, Anträge auf Umschreibung auf den Lebensbedürfnisverein, die mit der Mitgliedschaft bei diesem Ver-

ein oder dem Beitritt zu demselben begründet werden, fünfjährig regelmäßig fortzugeben.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Katern. 1. Bei Gemeindebeamten ruht ein Teil der militärischen Versorgungsgebühren, und zwar ruhen alle unter 21 Hundertel der Rente zuerlassenen Rententeile und alle 90 Hundertel der Rente übersteigenden Rententeile. — 2. Wegen der Auslegung des Tarifvertrages können Sie sich wenden an die Gauleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Herr Karl Richter, Akademiestraße 84, hier. — 3. § 22 Absatz 2 der Gemeindeordnung besagt: „Den Gemeinderäten ist eine angemessene Entschädigung für Zeitaufwand zu gewähren. Ein Verzicht auf diese Entschädigung ist unzulässig.“ Lassen Sie sich vom Bürgermeister doch sagen, auf welche Bestimmung er sich beruft; und ist eine andere Bestimmung nicht bekannt.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Familien Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Erstlingen. (Soz. Wahlverein.) Morgen Donnerstag, abends punct 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Rest Traut Redaktions- und Postamtliches Erscheinen notwendig 5759

Wir bieten an

Fahrradgummi

prima Auslandsware
zu herabgesetzten Preisen.

Nordische Stahlgesellschaft
m. b. H. 5627
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Städtisches Konzerthaus.
Mittwoch, den 20. August 1919. 5757

Die Faschingsfee.


Operette in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Rudolf Oesterreicher. Musik von Emmerich Kálmán.
Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4008

Geschirr-Reparaturanstalt

Karlsruhe, Körnerstr. 35, im Hof. Telefon 1421.



LUXUM Lichtspiele

Das neueste Abenteuer des berühmten Detektivs **Fred Horst** Professor Bartons **Erfindung**

Ein Detektivschauspiel in vier Akten.
In der Hauptrolle des Detektivs **Fred Horst** Bruno Eichgrün.

Durch die aufsehenerregende spannende Handlung und durch die mit scharfer Logik angeführten geraden vorblühenden Entschlüsse des Detektivs Fred Horst zählt dieser Film zu den interessantesten der Detektivschauspiele.

Ausserdem das grosse Filmwerk **Die Geheimnisse des Hauses Nr. 37**
Dramatisches Lebensbild in fünf Abteilungen.
Hauptdarsteller: 5754
Erra Bognar und **Fritz Achterberg.**
Künstlerkapelle.

Daniels Konfektionshaus

Fernsprecher 1846 Wilhelmstr. 34.

Weisse Blusen etwas angetrübt M 13.75 an
Farb. Blusen mit kleinen Webf. M 16.75 an
Seiden-Blusen M 34.75 an
Seiden-Jacken M 95.— an
Jacken-Kleider in gut. Ware M 114.— an
Jacken-Kleider mit Seidenf. M 140.— an

Bauplatz-Verkauf.

Am Samstag, den 23. ds. Mts., vormittags 1/2 11 Uhr, wird im Rathaus dahier, Zimmer Nr. 7, der städt. Bauplatz Ecke Haupt- und Friedrichstraße (beim grünen Hof) 13 ar 88 qm groß, zu Eigentum öffentlich versteigert.
Die Bedingungen können auf dem Rathaus dahier, Zimmer Nr. 2, eingesehen werden.
Dursch, den 18. August 1919. 5756
Der Gemeinderat: J. R. Fr. Weber.

Die **Damen-Hutfabrik** Carl Kraemer & Co.
Friedenstraße 7 Karlsruhe i. B. Tel. Nr. 624

übernimmt das **Unfassonieren** von Damen-Hüten, Haars, Pelour, Sammet- und Plüschhüten nach den neuesten Modellen der Winterlaizon 1919/1920 unter Garantie sachmännischer Ausführung und schnellster Lieferung.

Für Urlaub und Sport!

Damen-Sport- und Reise-Kostüme . . . Mk. 170.— bis 350.—
Damen-Wasch-Blusen, weiss, aus Batist, Mull, Opalbatist, Volle Mk. 29.—, 37.—, 44.—, 55.—, bis 70.—
Damen-Sport-Röcke Mk. 54.— und 65.—
Seldene Damen-Jacken Mk. 190.—, 230.— bis 350.—
Reinwoll. Damen-Sportjacken mit Gürtelschal, grau Mk. 80.—

Damen-Gummimäntel neueste Formen in grosser Auswahl.
Herren-Lodenmäntel Mk. 131.— bis 230.—
Herren-Gummimäntel Mk. 190.— bis 350.—
Herren-Sport-Hemden, weiss und farbig, Mk. 39.50, 40.—, 42.— und 68.50
Hosenträger, Ia. Gummi.

Vollständige Touristen-Ausrüstungen
Rucksäcke, Ia. Segelleinen Mk. 4.— | Sportstrümpfe v. Mk. 11.— an
Feldflaschen Mk. 4.— | Wickelgamachen Mk. 19.50
Isolierflaschen Mk. 8.50 | Kamin- und Touristen-Kocher von 17.50 an

Berg- und STIEFEL für Damen
Touren-

Sporthaus Freundlieb

Kaiserstraße 185 KARLSRUHE I. B. Gegründet 1863

Rastatt. Rastatt.

Verkauf von **Alt- u. Möbel**
Neu- u. Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49.

Neuer Legit., Meyer's Legitikon 4. Aufl. 24 Bände
Meyer's Legitikon 7. Auflage 6 Bände
Wörterbuch Legit. v. 1908
Wörterbuch und Wortschatz
Wörterbuch der Deutschen Sprache
u. and gute Bücher Kauf
A. Schumann Verlag, Leipzig, Königstraße 23.

Todes-Anzeige.

Heute früh verschied sanft, 28 Jahre alt, unsere liebe **Elita.**
In größtem Schmerz
Familie Theodor Zenter.
Beerdigung: Donnerstag, den 21. August, vormittags 11 Uhr. 5747



Sängerbund Vorwärts

18 90
Karlsruhe

Unsere Mitglieder die tief betäubende Mitteilung, daß wir nochmals ein Opfer des unsinnigen Weltkrieges zu beklagen haben. — Fern der Heimat, in englischer Gefangenschaft, starb am 9. August unser ehemaliger Sangesgenosse **Valentin Becker**
Seine Hoffnung, zu seiner Mutter zurückkehren zu dürfen und wieder in unsere Reihen zu treten, hat sich nicht erfüllt. Wir glauben, daß wir das Los seiner Angehörigen erleichtern, indem wir uns ihrer Trauer anschließen.
5759 **Der Vorstand.**

Galerie Moos


Kaiserstrasse 187 L.

Juli—August 4000

42. Sonderausstellung „Schwarzwald“

Geöffnet:
Werktags: 10—6 Uhr.
Sonntags: 11—1 Uhr.

Ein guter Trunk



ist Ihnen gesteuert
trotz der **Getränknot**,
wenn Sie zur Vereinfachung
von **Gausfrank**
Dr. Schweizer
Kunststoffsubstanzen
Samavino
verwenden. Dieses altbewährte Getränk einfach mit Zucker im Wasser angelehrt vergrößert rasch zu einem alkoholfreien Getränk, das wie guter Obstmost schmeckt u. an Güte u. Verdaulichkeit unübertroffen ist.
150 R. 100 R. 75 R. 50 R.
10.— 7.50 5.20 5.—
Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme **„Samavino“** mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmofähnlichen Getränkes.
150 R. 100 R. 75 R. 50 R.
12.— 9.— 7.50 5.80
in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.
Nährmittelwerk Dr. Schweizer, Erzingen

Druckmaschinen hierher
bietet
Puchner & Co. Karlsruhe

Apfelella
ganze und halbe Flaschen. 5721

Apfelgold
ganze und halbe Flaschen.

Planbuch & Co.

Hilfsbuch für Uhrmacher
Nr. 5.—, Reparatur von Taschenuhren 6.50, Der Kronenaufzug 2.80, Chem. techn. Rezeptbuch für Uhrmacher 5.80, Reparatur der Zylinderuhr 7.75, Fachzeichnen des Uhrmachers 6.55, Uhrmacher Gehilfenprüfung 8.90, Handbuch für Uhrmacher 15.75, Lehrbuch d. Optik 17.20, Der Galvanotechniker 9.90, Der Feinmechaniker 8.25, Rechenhefter 4.70, Lohnrechner 2.00, Buchführung 5.75, Nützlich Deutsch 5.75, Französisch 5.75, Englisch 5.75, Polnisch 5.75, Rechtschreibung (Luden) 7.15, Fremdwörter-Buch 5.75, Rechts-Formular-Buch 5.75, Rechnen 5.75, Geschäfts- u. Priv. Briefsteller 5.50, Gut. Lou u. seine Sittte 5.75, Tanzlehrbuch 3.35, Die Gabe der gewandt. Unterhaltung 3.20, 8000 Rezepte zu Handelsartikeln 15.00, Preisgekr. Lehrbuch d. Landwirtschaft 13.35, Gegen Nachn. 4974

L. Schwarz u. Co.,
Verlagsbuchhandlung,
Berlin E 14 O Unterstr. 24.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenaue oder Stassfurter), Mutterlauge und Schwefel-(Thio-pino-)Bäder. 4298
Badezeit für Herren u. Damen: Vormitt. von 9—1 Uhr und nachmittags von 2 1/2—7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Blinden-Arbeit.
Ganzhaare, Birken und Aohhaar-Birken empfiehlt Wilh. Boos, Viktorstr. 6. 4612

Planbuch & Co.

Mineralwasser
Kronthaler
Neufelters
Seinacher
Seifer
Sprudel 5738

Planbuch & Co.

Rudolph Holl, Dentist
Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz
Fernruf 2798. 4102
Sprechstunden: 9—12 und 2—6 Uhr.
Samstag nachm und Sonntag keine Sprechstunde.

Keine Wanzenmehr für Mk. 2.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodal u. II zu erzielen.
Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend, Kinderleicht anzuwenden.
Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.
Doppelpack M.2.50, Ausreichend f. 1-3 Zimmer u. Betten.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 21.
Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts durch 2119
Herm. A. Grosseel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Badische Technische Hochschule Karlsruhe.
Beginn d. Wintersem. 1919/20: 1. Okt. 1919.
Beginn der Einschreibungen: 22. Sept. 1919.
Som 15. September ab finden 5723

ferienkurse
in **Mathematik, Statik, Chemie und Physik** ::
für Kriegsteilnehmer statt. Anmeldung bis 10. September. Das Vorlesungsverzeichnis kann zu 1 Mk. durch das Sekretariat bezogen werden.

Bürstenwaren enorm billig!
Das Angebot bedeutet eine einmalige aussergewöhnliche Kaufgelegenheit!

Wurzelbürsten 4reihig, Wurzel Stück 50 Pfg.	Scheuerbürsten 4reihig, Bassin-Drahtenzug Stück 50 Pfg.	Schmutzbürsten 7reihig, Borsten Stück 50 Pfg.	Antragbürsten reine Borsten 4reihig Stück 20 Pfg.
--	--	--	---

Wichsbürsten Ser. I II III
reines Rosshaar, reine Borsten **1.40 1.10 80.**

Kleiderbürsten reine Borsten Stück 2.50	Kopfbürsten Stück 2.—
--	--

Schnurrbartbürsten
5reihig, weisse Borsten Stück **40.** Solange Vorrat.

Geschwister KNOPF. 5745

Verkauf im Lichthof.

Bügelu
von Herrenwäsche kann jede Dame diese Woche bei einmaliger praktischer Erläuterung vormittags von 10—12 und nachmittags von 2—5 Uhr erlernen.
Ein Stück Wäsche kann mitgebracht werden.
Sonntag Nr. 5.—, Karlsruhe 5703
Rudolfstr. 18, part.

Billiges Gelände für Kleingärten.
In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südbaden, Sofienstraße 56, Telefon 545. 5454

Volksbuchhandlung der sozialdem. Partei Adlerstraße 16
befindet sich jetzt

Oberhaardter Riesling-Weine
eingetroffen und empfehle solchen von **Mk. 6.40** 5663
an per Liter — ohne Steuer.
Hermann Schuler
Weingroßhandlung
Karlsruhe Fernspr. 3304 Wilhelmstr. 4a.

Achtung! Achtung!
Angestellte in städt., staatl. und militärischen Dienststellen.
Mittwoch, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Löwenrathen“, Kaiser-Wilhelmhalle

Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
„Die bevorstehenden Entlassungen der ausstillweisenden Angestellten in städtischen, staatlichen u. militärischen Dienststellen.“
Referent: Kollege Kiefer vom Zentral-Verband der Angestellten.
Freie Ansprache.
In Anbetracht der Wichtigkeit ist es Pflicht jedes Angestellten in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Keiner darf fehlen. — Die Dienststellen und Behörden sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Einberufer: 5750
Zentral-Verband „Selbsthilfe“, Vereinigung der Angestellten der ausstillweis. Angestellten

Zentralverband der Angestellten.
Donnerstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr
Versammlung der „Sektion-Industrie“
im Lokal zur „Goldenen Krone“, Amalienstraße
Tages-Ordnung: 5751
1. Vortrag „Die Betriebsräte.“
Referent: Kollege Kiefer.
2. Verschiedenes.
Der Sektion-Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.
Sonntag, den 24. August
Ausflug
nach Pforzheim, von dort aus gemeinsam mit den Pforzheimer Kollegen zu Fuß nach Wüstenbrunn, Ausflugsort, Engelbrunn, Großschthal, Neuenbürg und Pirkensfeld zurück nach Pforzheim.
Abfahrt am Hauptbahnhof 6.30 Uhr, Rückfahrt 7.15 Uhr von Pforzheim.
Die Verpflegung für den ganzen Tag ist mitzunehmen.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Einheitszuchtthaus oder Einheitschule?
Ueber dieses Thema spricht morgen Donnerstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale der Festhalle
Herr Dr. Arthur Rosenberg, Berlin
Privat-Dozent an der Berliner Universität.
Zu dieser öffentlichen Volksversammlung laden wir die Bevölkerung, insbesondere die Lehrschaft von Karlsruhe freundlichst ein. 5740
Freie Ansprache! Freie Ansprache!
Unabhängige Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Stadtgarlen.
Nur bei gutem Wetter. 5749
Mittwoch, den 20. August, nachm. von 1—7 1/2 Uhr
Konzert
der Grenadier-Kapelle 109
Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5.- Aufbarkeitssteuer.

Rollbahnen
Feldbahnfirma sucht tüchtigen **Vorarbeiter**
der in allen vorkommenden Reparaturarbeiten erfahren ist. Dauerstellung bei betriebsreicher Leistung. Offerten mit Lohnanspruch erb. unter Chiffre 5701 a. d. Exped. d. Blattes